HTGF Opportunity GmbH & Co. KG, Bonn
Bilanz zum 31. Dezember 2025

AKTIVSEITE

	31.12.2025 EUR	Vorjahr EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	34.974.650,14	4.307.043,59
2. sonstige Ausleihungen	2.500.000,00	0,00
3. geleistete Anzahlungen auf Beteiligungen	1.611.572,94	0,00
	39.086.223,08	4.307.043,59
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
sonstige Vermögensgegenstände	93.055,57	0,00
II. Guthaben bei Kreditinstituten	18.771.930,34	452.186,29
	18.864.985,91	452.186,29
	57.951.208,99	4.759.229,88

P A S S I V S E I T E

	31.12.2025 EUR	Vorjahr EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Kapitalanteile		
1. eingezahlte Hafteinlage	10.100,00	10.100,00
2. zusätzliche Pflichteinlagen	655.628.131,07	658.645.390,21
- davon nicht eingefordert	(598.517.985,81)	(654.979.840,00)
	57.120.245,26	3.675.650,21
II. Bilanzgewinn	0,00	0,00
	57.120.245,26	3.675.650,21
B. RÜCKSTELLUNGEN		
sonstige Rückstellungen	28.981,63	23.682,79
	28.981,63	23.682,79
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10.413,03	178,50
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	791.569,07	1.059.718,38
	801.982,10	1.059.896,88
	57.951.208,99	4.759.229,88

HTGF Opportunity GmbH & Co. KG, Bonn

Anhang für das Geschäftsjahr 2025

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die HTGF Opportunity GmbH & Co. KG (HTGF Opportunity KG) hat ihren Sitz in Bonn und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Bonn (HRA 10246).

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses werden hinsichtlich Ansatz, Bewertung und Ausweis die Vorschriften des Handelsgesetzbuches beachtet. Die Gliederung der Bilanz entspricht dem in § 266 Abs. 2 und 3 und § 264c Abs. 2 HGB vorgesehenen Gliederungsschema. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist in Übereinstimmung mit dem in § 275 Abs. 2 HGB enthaltenen Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Ergänzend zu den Vorschriften des Handelsgesetzbuches waren die Regelungen des Gesellschaftsvertrages zu beachten. Für die Aufstellung des Jahresabschlusses sind gemäß Gesellschaftsvertrag die handelsrechtlichen Gliederungs- und Bewertungsvorschriften für große Kapitalgesellschaften sinngemäß anzuwenden.

Da die Gesellschaft im Vorjahr gegründet wurde, handelt es sich bei dem Vorjahr um ein Rumpfgeschäftsjahr vom 19. Juni bis 31. Dezember 2024, mit welchem das Geschäftsjahr 2025 daher nur eingeschränkt vergleichbar ist.

II. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Beteiligungen, sonstige Ausleihungen und geleistete Anzahlungen auf Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten angesetzt, sofern keine außerplanmäßigen Abschreibungen wegen voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen notwendig sind. Bei Wegfall von Gründen für eine außerplanmäßige Abschreibung wird eine Wertaufholung vorgenommen.

Sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert und unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet.

Guthaben bei Kreditinstituten werden mit dem Nennbetrag angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten wurden grundsätzlich mit dem Devisenkassamittelkurs zum Abschlussstichtag umgerechnet. Bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurde dabei das Realisationsprinzip (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB) und das Anschaffungskostenprinzip (§ 253 Abs. 1 Satz 1 HGB) beachtet.

III. Angaben zur Bilanz

Die in der Bilanz ausgewiesenen Posten des Anlagevermögens sind in ihrer Gliederung und Entwicklung im Anlagenspiegel dargestellt.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Zinsforderungen aus sonstigen Ausleihungen von TEUR 93 (i. Vj. TEUR 0) enthalten. Die Forderungen haben eine Laufzeit von über einem Jahr.

Die Kapitalanteile setzen sich aus eingezahlten Hafteinlagen TEUR 10 (i. Vj. TEUR 10), und zusätzlichen, eingeforderten Pflichteinlagen (Rücklagen) von TEUR 61.472 (i. Vj. TEUR 5.010) zusammen. Nach Zuweisung der Verluste auf die Kapitalkonten der Kommanditisten in Höhe von TEUR 4.362 (i. Vj. TEUR 1.345) beläuft sich das Eigenkapital zum 31. Dezember 2025 auf TEUR 57.120 (i. Vj. TEUR 3.676).

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Steuerberatung von TEUR 15 (i. Vj. TEUR 8), für Jahresabschlussprüfung von TEUR 7 (i. Vj. TEUR 12) sowie für ausstehende Aufwandsrechnungen von TEUR 6 (i. VJ. TEUR 4). Die Rückstellungen sind kurzfristiger Art und werden aus diesem Grund nicht diskontiert.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von TEUR 10 (i. Vj. TEUR 0) sind innerhalb eines Jahres fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betragen TEUR 792 (i. Vj. TEUR 1.060) und bestehen gegenüber der Gesellschafterin High-Tech Gründerfonds Management GmbH aus noch nicht gezahlter Verwaltungsvergütung. Die Verbindlichkeiten haben eine Laufzeit von unter einem Jahr.

IV. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft ist aufgrund des Gesellschaftsvertrags verpflichtet, den geschäftsführenden Gesellschaften diejenigen Beträge gegen Rechnung zu erstatten, die diese aufgrund bindender Verpflichtung benötigen, soweit sie nicht durch die Verwaltungs- bzw. Haftungsvergütung beglichen werden können.

Die Gesellschaft hat zum 31. Dezember 2025 Zusagen an Portfoliounternehmen von insgesamt TEUR 9.060, die innerhalb eines Jahres fällig sind.

Überschreiten die Ausschüttungen an die Kommanditisten eine Bonusschwelle, entsteht den Mitarbeitern der High-Tech Gründerfonds Management GmbH - unter der Voraussetzung, dass ein vorgegebener IRR (Internal Rate of Return) erreicht wird - ein Bonusanspruch gegenüber ihrer Arbeitgeberin. Der Gesellschaft entsteht eine Verbindlichkeit in Höhe des Bonusanspruchs gegenüber der High-Tech Gründerfonds Management GmbH. Der Bonusanspruch ist zum jetzigen Zeitpunkt in Höhe und Eintrittswahrscheinlichkeit ungewiss.

V. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen hauptsächlich die Verwaltungs- und Haftungsvergütung für die geschäftsführende Kommanditistin und die Komplementärin von TEUR 3.059 (i. Vj. TEUR 1.060). Weiterhin werden Aufwendungen für die Steuerberatung und Jahresabschlussprüfung von TEUR 23 (i. Vj. TEUR 20), Rechts- und Beratungskosten von TEUR 21 (i. Vj. TEUR 4) und Gründungskosten von TEUR 5 (i. Vj. TEUR 260) ausgewiesen.

In den Erträgen aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens werden die Erträge aus der Verzinsung der sonstigen Ausleihungen ausgewiesen TEUR 93 (i. Vj. TEUR 0).

Die Gesellschaft hat im Jahr 2025 ein negatives Ergebnis nach Steuern von TEUR 3.017 (i. Vj. negatives Ergebnis TEUR 1.345) erzielt. Das Ergebnis wurde dem Kapitalkonto II „Eingestelltes Ergebnis“ belastet.

VI. Sonstige Angaben

Angaben zur Komplementärgesellschaft

Die High-Tech Gründerfonds Komplementär GmbH, Bonn, ist die persönlich haftende Gesellschafterin der Gesellschaft. Das gezeichnete Kapital der HTGF Komplementär GmbH beträgt TEUR 25.

Die Geschäfte werden durch die von den Beschränkungen des § 181 BGB befreiten Geschäftsführer:innen Dr. Alexander von Frankenberg und Proschlitz (bis zum 12. Oktober 2025), Sebastian Borek (seit dem 13. Oktober 2025), Dr. Achim Plum (seit dem 25. Februar 2025) und Romy Schnelle gemeinschaftlich geführt.

Anteilsbesitz

Die Unternehmen, an denen die HTGF Opportunity KG beteiligt ist (Verzeichnis der Unternehmen im Sinne des § 285 Nr. 11 HGB), werden in der Anlage zum Anhang angegeben.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung wird durch die geschäftsführende Kommanditistin High-Tech Gründerfonds Management GmbH ausgeübt, die durch die von den Beschränkungen des § 181 BGB befreiten Geschäftsführer:innen Dr. Alexander von Frankenberg und Proschlitz (bis zum 12. Oktober 2025), Sebastian Borek (seit dem 13. Oktober 2025), Achim Plum und Romy Schnelle gemeinschaftlich vertreten wird.

Die High-Tech Gründerfonds Management GmbH ist für die administrative Abwicklung der laufenden Geschäftstätigkeit zuständig.

Im Jahr 2025 betrugen die Bezüge von Frau Schnelle TEUR 270,4, die sich aus einer Festvergütung sowie einer variablen Vergütung für das Vorjahr i. H. v. TEUR 68 ergeben. Die Vergütung von Herrn Dr. Plum für seine Tätigkeit in der Geschäftsführung betrug im Jahr 2025 TEUR 260. Eine variable Vergütung für das Jahr 2025 wird in 2026 ausgezahlt. Herr Dr. von Frankenberg und Proschlitz bekam TEUR 254 ausgezahlt, die sich ergeben aus einer Festvergütung sowie aus einer variablen Vergütung für das Vorjahr i. H. v. TEUR 46,7. Die Vergütung von Herrn Borek für seine Tätigkeit in der Geschäftsführung betrug im Jahr 2025 TEUR 57,5.

Darüber hinaus gibt es ein Beteiligungsprogramm, aufgrund dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Gewinnbeteiligung gewährt wird (sog. „Distributed-to-paid-in“ oder „DPI“-Bonus und „Long-Term-Incentive“ oder „LTI-Bonus“). Über diese performanceabhängigen Boni wird der oder die Berechtigte an den realisierten Rückflüssen

aus den ihm oder ihr zur Betreuung zugewiesenen Beteiligungen der Fonds beteiligt. Eine entsprechende Beteiligung der Geschäftsführung an den realisierten Gewinnen aus den Beteiligungen des Fonds schafft Anreize für den stetigen und langfristigen Erfolg des HTGF. Pro Jahr der 20-jährigen Betriebszugehörigkeit, in der der Anspruch auf die performanceabhängigen Boni erarbeitet wurde, hat Herr Dr. von Frankenberg und Proschlitz im Jahr 2025 TEUR 5,7 erhalten. Davon entfallen TEUR 1,7 auf den DPI-Bonus und TEUR 4,0 auf den LTI-Bonus. Frau Schnelle hat pro Jahr ihrer 18-jährigen Betriebszugehörigkeit im Jahr 2025 TEUR 1,1 Bonus aus dem LTI-Programm erhalten.

Beirat

Mitglieder des Beirats

Antje Hansen (Vorsitzende)	Ministerialrätin, Leiterin des Referats „Start-up-Finanzierung; ERP-Beteiligungsfinanzierung“ (VIIC6) im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Bonn
Evgeniya Yushkova (stv. Vorsitzende seit Dezember 2025)	Referentin im Referat „Wagnisfinanzierung, KfW Capital, Zukunftsfonds, Anlagen des Bundes, KENFO“ (VIID3) im Bundesministerium der Finanzen, Berlin
Elke Kallenbach (stv. Vorsitzende bis November 2025)	Ministerialdirigentin, Unterabteilungsleiterin Referat VIID „Internationale Finanzmarktpolitik, KfW, Gewährleistungen, Verbraucherschutz“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin
Kenan Šehović (Beiratsmitglied seit Dezember 2025)	Referent im Referat „Start-up-Finanzierung; ERP-Beteiligungsfinanzierung“ (VIIC6) im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin
Dr. Matthias Hönninger (Beiratsmitglied bis November 2025)	Leiter Referat VIIC6 „Zukunftsfonds; KfW-Beteiligungsfinanzierung“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin
Birgit Brück (stimmrechtsloses Mitglied)	Senior Investment Managerin bei der KfW Capital GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

Gesamtbezüge des Beirates

Die Mitglieder des Beirates der HTGF Opportunity KG erhalten keine Vergütung für ihre Tätigkeit im Beirat.

Docusign Envelope ID: A61D866D-A27E-8DF8-81ED-14165F76E726

Durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer im Geschäftsjahr

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2025 keine eigenen Arbeitnehmer.

Honorar des Abschlussprüfers

Das für das Geschäftsjahr 2025 berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers für Abschlussprüfungsleistungen beträgt TEUR 14.

Bonn, den 29. Mai 2026

HTGF Opportunity GmbH & Co. KG
vertreten durch

High-Tech Gründerfonds Komplementär GmbH
vertreten durch

Sebastian Borek

Dr. Achim Plum

Romy Schnelle

Angaben zur Feststellung:

Der Jahresabschluss wurde am 01.07.2026 von der Gesellschafterversammlung festgestellt.

HTGF Opportunity GmbH & Co. KG,

Bonn

Entwicklung des Anlagevermögens 2025

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen						Buchwerte	
	1.1.2025	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2025	1.1.2025	Zugänge	Zuschreibungen	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2025	31.12.2025	31.12.2024
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Finanzanlagen													
1. Beteiligungen	4.307.043,59	30.667.606,55	0,00	0,00	34.974.650,14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	34.974.650,14	4.307.043,59
2. Sonstige Ausleihungen	0,00	2.500.000,00	0,00	0,00	2.500.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.500.000,00	0,00
3. geleistete Anzahlungen auf Beteiligungen	0,00	1.611.572,94	0,00	0,00	1.611.572,94	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.611.572,94	0,00
	4.307.043,59	**34.779.179,49**	**0,00**	**0,00**	**39.086.223,08**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**39.086.223,08**	**4.307.043,59**

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die HTGF Opportunity GmbH & Co. KG, Bonn:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der HTGF Opportunity GmbH & Co. KG, Bonn, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der HTGF Opportunity GmbH & Co. KG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Personenhandelsgesellschaften im Sinne des § 264a HGB geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Personenhandelsgesellschaften im Sinne des § 264a HGB

geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Köln, den 29. Mai 2026

Rödl Audit GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Stramitzer
Wirtschaftsprüfer

Lücken
Wirtschaftsprüfer